

Nichterscheinen des Patienten zum Termin: Ausfallhonorar?

Der Fall des Nichterscheinens eines bestellten Patienten ist weder in der GOZ noch im Bema geregelt. Fraglich ist, ob und unter welchen Voraussetzungen die Zahnärztin/ der Zahnarzt Schadensersatz in Form von Verdienstausschlag geltend machen kann, wenn der Patient zum vereinbarten Termin nicht kommt. Höchstrichterliche Rechtsprechung liegt zu diesem Problem nicht vor, die erste obergerichtliche Entscheidung ist im April 2007 vom OLG Stuttgart ergangen.

Ob und unter welchen Voraussetzungen einem Zahnarzt für den Fall der Absage eines fest vereinbarten Behandlungstermins seitens des Patienten Ansprüche auf das Behandlungshonorar nach § 615 BGB zustehen können, ohne dass der Zahnarzt die Behandlung nachzuholen hat, ist in Rechtsprechung und Literatur umstritten. Ein Teil der veröffentlichten Rechtsprechung hält - mit teils divergierenden Begründungen und in unterschiedlichen Fallkonstellationen - § 615 BGB grundsätzlich für nicht anwendbar. So wird insbesondere die Auffassung vertreten, die Vereinbarung eines Behandlungstermins diene - jedenfalls im Zweifel - nur der Sicherung eines zeitlich geordneten Behandlungsablaufs, beinhalte aber grundsätzlich keine kalendermäßige Bestimmung der Leistungszeit i.S. des § 296 BGB, so dass es im Allgemeinen am Annahmeverzug fehle. Zudem liege im Hinblick auf das (freie) Kündigungsrecht des Patienten nach § 621 Nr. 5 BGB oder § 627 BGB das Risiko, die erwartete Vergütung nicht zu verdienen, beim Arzt. Andere Gerichte haben dagegen Vergütungsansprüche - wiederum in unterschiedlichen Sachverhaltskonstellationen und mit unterschiedlicher Begründung - bejaht.

Nach dem Urteil des OLG Stuttgart vom 17.04.2007, Az.: 1 U 154/06, steht einem Zahnarzt für den Fall der Absage eines fest vereinbarten Behandlungstermines seitens des Patienten jedenfalls dann kein Anspruch auf Ersatz des Behandlungshonorars nach § 615 BGB zu, wenn mit dem Patienten nach Verzugsbeginn einvernehmlich ein neuer Behandlungstermin vereinbart wird.

Zunächst ist jeder Praxisinhaberin/ jedem Praxisinhaber anzuraten, eine Vereinbarung mit dem Patienten zu treffen, in welcher festgelegt wird, dass eine bestimmte Zahlungsverpflichtung des Patienten für den Fall des Ausbleibens zum vereinbarten Behandlungstermin besteht. Weiterhin sollte der Patient darauf hingewiesen werden, wie lange vorher der Termin ohne Folgen vorher abgesagt werden kann (vgl. das Muster des Patientenerhebungsbogens sowie das Muster für eine Einverständniserklärung über die Berechnung nicht eingehaltener Behandlungstermine im Praxishandbuch „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis, Anhang“, unter „Formulare“ im Kapitel „Praxisverwaltung“). Absehbar längere Behandlungstermine sollten nach Möglichkeit mit dem Patienten persönlich in der Praxis und nicht am Telefon vereinbart werden.

Kommt ein Patient dann der im Rahmen eines Exklusiv-Termines vertraglich vereinbarten Frist zur rechtzeitigen Absage bei Verhinderung nicht rechtzeitig nach, steht dem Zahnarzt wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht grundsätzlich ein Anspruch auf Schadensersatz zu.

Anspruchsbegründung

Grundsätzlich führt die Vorschrift des § 615 BGB zu einem Anspruch der Zahnärztin/ des Zahnarztes auf Vergütung, wenn sich der Patient im Annahmeverzug befindet, also zu einem fest vereinbarten Behandlungstermin nicht erscheint.



Zwischen Zahnarzt und Patient besteht ein Dienstvertrag, so dass § 615 BGB bei privat versicherten Patienten direkt Anwendung findet. Bei gesetzlich Versicherten wird entweder der Anspruch aus der entsprechenden Anwendung des § 615 BGB aufgrund der Sorgfaltspflichtverletzung hergeleitet oder wird ein Schadensersatzanspruch des Zahnarztes aus der Verletzung vertraglicher Nebenleistungen aus § 280 Abs. 1 BGB bejaht. Der Patient hat eine vertragliche Nebenpflicht verletzt, indem er den fest vereinbarten Termin nicht abgesagt hat. Dem Patienten muss bewusst sein, dass die/der Zahnärztin/Zahnarzt den Ausfall des Termins nicht so kurzfristig mit anderen Behandlungsterminen kompensieren kann. Somit ist bei schuldhaftem Handeln des Patienten ein Schadensersatzanspruch zu bejahen. Vereinbart der Zahnarzt aber im Falle der verspäteten Absage des Patienten mit diesem sofort einvernehmlich einen neuen Termin, so fehlt es am Annahmeverzug und ein Anspruch auf Ersatz des Behandlungshonorars kommt nicht in Betracht.

Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

Der Zahnarzt muss eine Praxis besitzen, die mit längeren Terminvorläufen arbeitet. Das heißt, die Terminvergabe darf nicht lediglich der besseren Organisation dienen und die Patienten werden trotz Terminvergabe nach der Reihenfolge ihres Eintreffens behandelt. Des Weiteren muss ein fester Termin für die Behandlung vereinbart und der Patient muss informiert gewesen sein, dass der Termin ausschließlich für ihn reserviert wurde. Erforderlich ist auch, dass der Termin aufgrund kurzfristiger Absage oder nicht Erscheinen des Patienten nicht anderweitig vergeben werden konnte. Der Patient sollte darauf aufmerksam gemacht worden sein, dass bei Nichterscheinen und nicht rechtzeitiger Absage ein Ausfallhonorar in Rechnung gestellt werden kann, es sei denn, das Nichterscheinen ist unverschuldet (vgl. den Patientenerhebungsbogen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unter Praxishandbücher für die Zahnarztpraxis, Anhang“, unter Formulare „Praxisverwaltung“).

Der Zahnarzt hat darzulegen, dass ihm durch die verspätete Absage ein Verdienstaufschlag entstanden ist. Dies ist nach Auffassung des OLG Stuttgart nur dann der Fall, wenn er bei einer rechtzeitigen Absage die Möglichkeit gehabt hätte, einen bestimmten anderen Patienten in der frei gewordenen Zeit zu behandeln, den er tatsächlich nicht, auch nicht später, behandeln konnte. Entscheidend ist, wie wäre es gewesen, wenn der Patient rechtzeitig abgesagt hätte, wäre dann ein anderer Patient behandelt worden, der wegen der verspäteten Absage nun nicht behandelt werden konnte? Er muss behaupten, dass sich andere Patienten in der Praxis mit der Bitte um einen kurzfristigen Termin gemeldet hatten, die er wegen der anstehenden Behandlung des absagenden Patienten abweisen musste oder dass eine kurzfristige Vergabe von Terminen (innerhalb von 24 Stunden) bei Wegfall einer geplanten Behandlung dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge entspricht.

Es muss weiterhin behauptet und konkret belegt werden, dass dies dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge entspricht. Wenn eine Praxis als reine Bestellpraxis in der Weise organisiert ist, dass Termine großräumig vergeben werden und daher auf kurzfristige Absagen in der Regel nicht reagiert werden kann, dann aber entspricht es gerade nicht dem gewöhnlichen Verlauf, dass bei Wegfall von Behandlungen andere Patienten kurzfristig „eingeschoben“ werden können, die andernfalls abgewiesen werden müssten.

Der Zahlungsanspruch ist direkt gegen den Patienten - auch beim gesetzlich versicherten Patienten - zu richten; Ansprüche gegen die Krankenversicherung des Patienten bestehen nicht.

Höhe des Anspruchs

Bezüglich der Höhe des Schadens werden von den einzelnen Gerichten verschiedene Lösungen vertreten:

Zum einen wird die Auffassung vertreten, die Höhe des Anspruches ergebe sich aus der Berechnung der Kosten der geplanten Behandlung abzüglich ersparter Aufwendungen (sog. Erfüllungsschaden oder positives Interesse). Bei der Berechnung der Behandlungskosten muss sich die Zahnärztin/ der Zahnarzt dasjenige anrechnen lassen, was sie/ er infolge des Unterbleibens der Behandlung erspart oder durch anderweitige Dienstleistung erworben hat oder hätte erwerben können. Wenn die Behandlung anderer Patienten in dieser Zeit stattgefunden hat oder möglich gewesen wäre und dabei Einnahmen in zumindest gleicher Höhe erzielt worden sind bzw. worden wären, so besteht kein Anspruch gegen den nicht erschienenen Patienten. Tätigkeiten der allgemeinen Praxisorganisation, die keine berechnungsfähigen Leistungen darstellen, werden nicht angerechnet (LG Konstanz vom 27.05.1994, Az.: 1 S 237/93). Zum Anderen wird davon ausgegangen, aus der Ermittlung des entgangenen Gewinns ergebe sich die Anspruchshöhe (Ersatz des negativen Interesses).

Ferner wird von den Gerichten die Auffassung vertreten, der Anspruch richte sich nach dem entgangenen Gewinn. Zur Feststellung werden immer noch Schätzungen nach § 287 ZPO durchgeführt, die sich nach einen „Durchschnittspatienten“ richten (AG Tettnang vom 22.05.1999, Az.: 7 C 719/98; AG Heidelberg vom 17.02.2003, Az.: 20 C 298/01) oder es wird ein abstraktes Ausfallhonorar berechnet nach dem durchschnittlichen Kostenfaktor der Praxis (AG Hameln vom 07.09.2001, Az.: 21C 199/01, wo der Kostenfaktor pro Stunde mit DM 200,-- angesetzt wurde). Das Amtsgericht Dresden hat eine Schätzung durchgeführt und dabei einen Ausfallsschaden von EUR 80,-- für die Behandlungsstunde als angemessen erachtet.

Wird Schadensersatz geltend gemacht und eine Bestellpraxis geführt, so sind Termine, Absagen und ein entsprechender Leerlauf genau zu dokumentieren, damit sie im Streitfall dargelegt und notfalls durch Zeugenaussagen (z. B. durch die Praxismitarbeiterinnen) belegt werden können. Die/der Zahnärztin/Zahnarzt kann dann gezwungen sein, seine betriebswirtschaftliche Kalkulation offen zu legen. Es empfiehlt sich daher, bei der Bezifferung des entstandenen Schadens, der Durchsetzung des Anspruches und der Abwägung der rechtlichen Risiken anwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Eine mit dem Patienten vereinbarte Pauschale von 35,-- EUR pro halber Stunde wird vom AG Neukölln als zulässig erachtet; der Ausfall einer Behandlung sei vergleichbar mit dem Wegfall eines Kundenauftrags.

Wenn in jüngster Zeit dennoch negative Entscheidungen (vgl. Amtsgericht Senftenberg, siehe unten) ergehen, so ist dies in Beweisproblemen im Prozess begründet, wenn z. B. der Zahnärztin/ dem Zahnarzt der Beweis der festen Terminvereinbarung nicht gelingt.

Aufstellung der positiven Rechtsprechung:

LG Dortmund,	Urteil vom 12.11.1992,	Az.: 17 S 175/92,
AG Karlsruhe,	Urteil vom 05.03.1992,	Az.: 8 C 54/92,
LG Konstanz,	Urteil vom 27.05.1994,	Az.: 1 S 237/93,
AG Bad Homburg,	Urteil vom 15.06.1994,	Az.: 2 C 3838/93-15,
AG Wetter,	Urteil vom 31.10.1994,	Az.: 8 C 197/94,
AG Mühlheim,	Urteil vom 25.01.1995,	Az.: 3 C 463/94,
AG Bremen,	Urteil vom 02.06.1995,	Az.: 24 C 72/95,
LG Stuttgart,	Urteil vom 22.06.1995,	Az.: 6 S 549/94,
AG Wedding,	Urteil vom 06.07.1995,	Az.: 21 C 302/94,
AG Hadamar,	Urteil vom 12.07.1995,	Az.: 3 C 84/95,
AG Leverkusen,	Urteil vom 07.09.1995,	Az.: 24 C 281/95,
AB Sulzbach,	Urteil vom 11.07.1997,	Az.: 5 C 775/96,
AG Kusel	Urteil vom 26.02.1998,	Az.: 2 C 594/97,



LG Hannover,	Urteil vom 11.06.1998,	Az.: 19 S 34/97,
LG Koblenz	Urteil vom 11.03.1998,	Az.: 3 S 214/98,
AG Lampertheim,	Urteil vom 22.10.1998,	Az.: C 993/98,
AG Tettnang,	Urteil vom 22.05.1999,	Az.: 7 C 719/98,
AG Münster,	Urteil vom 11.05.2000,	Az.: 49 C 6135/99,
AG Hameln,	Urteil vom 07.09.2001,	Az.: 21 C 199/01,
AG Fulda,	Urteil vom 16.05.2002,	Az.: 34 C 120/02 D,
AG Heidelberg,	Urteil vom 17.02.2003,	Az.: 20 C 298/01,
AG Düsseldorf,	Urteil vom 18.02.2003,	Az.: 48 C 17511/00,
LG Itzehoe,	Urteil vom 06.05.2003,	Az.: 1 S 264/03,
AG Nettetal,	Urteil vom 26.08.2003,	Az.: 17 C 71/03,
AG Mannheim,	Urteil vom 28.09.2004,	Az.: 19 C 293/04,
LG Berlin,	Urteil vom 15.04.2005,	Az.: 55 S 310/04,
AG Mannheim,	Urteil vom 15.12.2006,	Az.: 12 C 40/06
AG Dresden,	Urteil vom 29.01.2010,	Az.: 107 C 5428/09

Negative Urteile:

AG Dieburg	Urteil vom 04.02.1998,	Az.: 21 C 831/97,
AG Senftenberg	Urteil vom 20.11.2003,	Az.: 21 C 179/02,
OLG Stuttgart	Urteil vom 17.04.2007,	Az.: 1 U 154/06

Schadensersatzansprüche des Patienten

Auch Patienten machen zunehmend Schäden durch Terminausfall gegenüber ihrem Zahnarzt geltend. So wurde ein Arzt zum Schadensersatz verurteilt, weil er einen zugesagten Operationstermin nicht eingehalten hatte, obwohl es ihm möglich gewesen wäre (LG Oldenburg vom 12.01.2007, Az: 8 S 515/06).

Der Arzt hatte mit der Patientin einen festen Termin vereinbart. Erst nach der Terminvereinbarung machte der Arzt die Behandlung von der Kostenübernahme der Patientin abhängig. Da die Patientin die Kostenübernahme verweigerte, hielt der Beklagte den Behandlungstermin nicht ein. Die Patientin machte daraufhin gegen den Arzt Schadensersatzansprüche wegen Zeitaufwendungsentschädigung, Verdienstausfall und Fahrtkosten geltend.

Zwar verwies das Gericht auch im Fall dieser Praxis darauf hin, dass die Terminvereinbarung lediglich der Organisation des Praxisablaufs diene und deswegen keinen schadensersatzauslösenden Charakter habe. Allerdings hätten beide Vertragsparteien eine Mitwirkungs- und Sorgfaltspflicht. Gegen diese habe der Arzt verstoßen, als er den Termin abgesagt hat, obwohl ihm die Behandlung möglich gewesen wäre. Da der Arzt die Behandlung erst nach Terminvereinbarung von der Kostenübernahme abhängig gemacht hatte, brauchte die Patientin, der es besonders auf den vereinbarten Termin vor Weihnachten angekommen war, nicht darauf eingehen.

Das Gericht wies darauf hin, dass der Patient für die Höhe des Schadensersatzes genau darzulegen hat, welche konkreten Geschäfte und Einkünfte ihm dadurch entgangen sind, dass er bspw. einen anderen als den vereinbarten Arzttermin wahrnehmen musste. Im konkreten Fall war keine Darlegung erfolgt, weshalb das Gericht analog zu § 22 JVEG (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz) von höchstens 17 EUR die Stunde ansetzte.

Ihre LZK-Geschäftsstelle